



Deutsch Französische Gesellschaft Baden-Baden e.V
Cercle Franco-Allemand Baden-Baden

KOLUMNE der DFG

09. Februar 2025

Ende Januar 2025 hat die turnusgemäß für ein Jahr zur Präsidentin des Bundesrats gewählte saarländische Ministerpräsidentin eine Europareise angetreten und Antrittsbesuche in den beiden größten Nachbarstaaten Deutschlands, in Frankreich und Polen, absolviert. Anke Rehlinger hat dabei nicht nur symbolisch das in letzter Zeit sträflich vernachlässigte Weimarer Dreieck wieder ins Gespräch gebracht, sondern darüber hinaus bei einer Rede aus Anlass der Eröffnung eines der größten, nach Willy Brandt benannten Säle im Jüdischen Museum in Warschau für eine vertiefte europäische Zusammenarbeit der drei Länder plädiert: die „ausgestreckten Hände der Versöhnung“ sollten zugleich „europäische Hände der Tatkraft“ sein.

Die SPD-Ministerpräsidentin - die als einzige in einem Bundesland mit absoluter Mehrheit regieren kann und auch deshalb von nicht wenigen Beobachtern der politischen Szene nach der kommenden Bundestagswahl für höhere Parteiämter gehandelt wird – hat mit diesem emotionalen Bekenntnis zur deutsch-französisch-polnischen Zusammenarbeit für ein starkes Europa ihre diplomatische Feuerprobe bestanden. Allenthalben wachsen die Nationalismen an: in den Niederlanden und in Belgien wie in Italien sind rechte Parteien in Regierungsverantwortung. In Frankreich ist der RP stärkste Fraktion im Parlament, in Deutschland wird eine in Teilen rechtsextremistische Partei zweitstärkste Kraft in den Umfragen vor der Bundestagswahl. In Österreich verhandeln die Konservativen mit den Rechtsextremen über eine Regierungsbeteiligung. Sie alle eint eine kritische bis ablehnende Haltung zur Europäischen Union und der Wunsch nach mehr nationalen Lösungen. Verstärkt wird dies aktuell

durch die Migrationskrise und unterschiedliche Konzepte zur künftigen Energieversorgung.

Die wachsende Kritik an der EU ist in mehrfacher Hinsicht nicht unberechtigt. Ein Übermaß an Bürokratie mit zum Teil nicht mehr nachvollziehbaren Überregulierungen belastet die Wirtschaft mit unnötigen Nachweisen, unzumutbaren Nachforschungen etwa durch das Lieferkettengesetz und ins Detail gehende Regulierungen, die ohne Schaden den Mitgliedsländern überlassen werden könnten. Trotz zahlreicher Anstrengungen von vielen Seiten ist es bis heute nicht gelungen, die Migrationsproblematik europaweit in den Griff zu bekommen. Ob das Gemeinsame europäische Asylsystem GEAS, das jüngst nach zähen Verhandlungen beschlossen wurde, 2026 in Kraft treten kann, hängt davon ab, ob die Mitgliedsstaaten es bis dahin umgesetzt haben. Und das ist angesichts der Haltung einiger Mitglieder wie Ungarn oder die Slowakei alles andere als sicher. Und wer mag es verstehen, dass in Zeiten knapper Kassen das EU-Parlament zweimal im Jahr von Brüssel nach Strasbourg und zurück umzieht. Es gäbe noch viele weitere Beispiele, darunter an erster Stelle, dass es nach wie vor keine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik gibt. Aber auch hierfür sind die Chancen für die überschaubare Zukunft eher bescheiden.

Andererseits hat die EU seit ihrer Gründung vor 70 Jahren vieles erreicht, was damals kaum vorstellbar war: es gibt einen gemeinsamen Binnenmarkt, seit bald einem Vierteljahrhundert gibt es eine gemeinsame Währung, wenn auch nicht in allen EU-Mitgliedstaaten, so doch in einer bedeutenden Mehrheit. Das System von Schengen, dem neben EU-Mitgliedsstaaten mit Norwegen und der Schweiz auch Nichtmitglieder angehören, ermöglicht freies Reisen

auf dem gesamten Gebiet. Und es gibt eine gemeinsame Außenhandelspolitik, für die die EU-Kommission abschließend zuständig ist.

Die EU ist nicht zufällig aus der EWG entstanden. Den Gründerstaaten ging es um wirtschaftliche Zusammenarbeit und ein friedliches Miteinander in Europa. Eine europäische Großmacht zu schaffen, war nicht Teil der Überlegungen. Für Sicherheit war in Zeiten des Kalten Krieges die NATO zuständig, der ja alle Gründungsmitglieder der EWG auch angehören. 70 Jahre danach haben sich die Dinge anders entwickelt. Der Kalte Krieg ist seit 30 Jahren Geschichte; dafür hat sich ein autoritärer Führer Russlands bemächtigt, der das Sowjet-Imperium wiederherstellen möchte und dafür den Krieg wieder nach Europa getragen hat. China ist zu einem globalen „player“ aufgestiegen, dessen autoritärer Führer seine ökonomischen und zunehmend auch außenpolitischen Interessen aggressiv und global umsetzt. Und wäre dies nicht schon beunruhigend genug, wurde ein rücksichtsloser „dealmaker“ zum zweiten Male zum US-Präsidenten gewählt, der Amerika mit den Mitteln eines Raubtier-Kapitalismus des 19. Jahrhunderts „wieder groß“ machen will und dabei eine Zerstörung der regelbasierten globalen Zusammenarbeit - der großen Errungenschaft der letzten dreißig Jahre - in Kauf nimmt. Wenn Europa in dieser geopolitischen Lage überleben und eine wirtschaftliche wie politische Rolle spielen will, dann können das nicht die 27 Mitgliedsstaaten für sich allein, sondern dann kann das nur die EU gemeinsam schaffen.

Ein Blick auf einige Zahlen macht das deutlich: der größte Mitgliedsstaat der EU hat eine Bevölkerung von 84 Millionen und ein Bruttosozialprodukt von 4,5 Billionen US-\$. China hat ein überdreimal so hohes BIP von etwa 17 Billionen allerdings bei einer Bevölkerung von rund 1 Milliarde. Die USA haben rund 300 Millionen Einwohner und ein BIP von knapp 27,5 Billionen US\$. Die EU allerdings hat in ihren 27 Mitgliedsstaaten rund 450 Millionen Einwohner und ein BIP von gut 17 Billionen. Nur sie als Ganzes kann mithin in diesem globalen Wettbewerb bestehen. Dafür muss sie aber mit einer Stimme sprechen und handeln sowie in der Lage sein, ihre Interessen auch politisch wie erforderlichenfalls militärisch zu verteidigen. Nun hat sich die EU in Anwesenheit des NATO-Generalsekretärs und des britischen Premierministers bei einem informellen Gipfel auf

eine verstärkte Rüstungsanstrengung geeinigt, um der russischen Bedrohung entgegenzuwirken und die Abhängigkeit von den USA zu verringern. Die Kosten sollen laut EU-Kommission bei rund 500 Milliarden Euro liegen. Allerdings ist man sich weiterhin uneinig, wie dies finanziert werden soll. Solange etwa die französische Seite auf Gemeinschaftsschulden und die deutsche auf haushaltskonforme nationale und EU-Mittel (die im Zweifel nicht ausreichen würden) setzen, wird daraus nichts.

Deshalb bleibt es dabei: Eine Stärkung nationalistischer Tendenzen wäre ein unverzeihlicher Rückschritt und führte zu noch weiterem Bedeutungsverlust Europas im globalen Kontext. Europa kann aber nur und erst dann die ihr nach Größe und wirtschaftlicher Kompetenz entsprechende politische Rolle einnehmen, wenn Deutschland und Frankreich endlich wieder an einem Strick ziehen. Vielleicht helfen ja die kommenden Wahlen in Deutschland im Februar und mögliche Neuwahlen in Frankreich nach einer erneuten Auflösung des derzeit blockierten Parlaments im Sommer dieses Jahres, dass die daraus hoffentlich resultierenden stabilen Regierungen dies erkennen, wieder zueinander finden, ihre Differenzen mit Blick auf die europäischen Notwendigkeiten ausräumen und die von den meisten EU-Staaten gewünschte deutsch-französische Führung kraftvoll aufnehmen. Wenn dann Polen - das im 1. Halbjahr 2025 die EU-Präsidentschaft innehat - als Dritter auch dabei wäre, würde dies im Übrigen mit Blick auf die russische Bedrohung durchaus nicht schaden.

Dr. Rainald Steck

Vizepräsident